

Freiheit leben

Wahlprogramm
der FDP Bochum

zur Kommunalwahl
am 25. Mai 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Demokratie und Bürgernähe	4
2. Selbstbestimmung durch finanzielle Verantwortung	6
a) Intelligentes Sparen und solides Haushalten	7
b) Personalplanungen	9
c) Konzern „Stadt Bochum“	9
3. Wohlstand durch Freiheit	10
a) Rahmenbedingungen schaffen	11
b) Wirtschaftsförderung	12
c) Einzelhandelsstandort Bochum	13
4. Junge Talente entwickeln und fördern	14
a) Kinderbetreuung	14
b) Kinder und Jugendliche im Alltag fördern	16
5. Zukunft gestalten: Talentschmiede Bochum	17
Schullandschaft.....	18
Schulausstattung	19
b) Karriereschmiede Bochum	20
Hochschulstadt Bochum	21
Volkshochschule und Stadtbücherei.....	22
6. Freiheit und Sicherheit	22
a) Freiheit schützen	23
b) Sicherheit gewährleisten	24
7. Gesellschaft in Freiheit und Verantwortung	25
a) Arbeitslosigkeit bekämpfen und Armut vermeiden	26
b) Integration – Miteinander leben	27
c) Demographischer Wandel – Chancen und Möglichkeiten	29
8. Infrastruktur	30
a) Verkehrsinfrastruktur.....	31
b) Bauinfrastruktur	32
9. Kultur	34
10. Umwelt	37
11. Gesundheit & Sport.....	40
a) Sport	41
b) Gesundheit	41

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel liberaler Politik. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben mit allen Chancen auf persönliches Glück und Entfaltung der eigenen Lebensziele ein. Die Bevormundungs- und Schuldenpolitik von Rot-Grün bedroht unser Streben nach Glück, unsere Entscheidungsfreiheit und die aktive Bürgergesellschaft. Dies wollen wir, dies will die FDP, nicht länger hinnehmen.

- Der Haushalt der Stadt Bochum ist mit einem Schuldenstand von 1,5 Milliarden Euro finanziell ruiniert. Die FDP will die Stadt durch eine Mischung aus Einsparungen, Privatisierungen und wirtschaftsfreundlicher Politik aus der Abhängigkeit der Finanzindustrie befreien.
- Die SPD trauert immer noch der Zeit der Stahlschmieden und Kohlezechen hinterher. Wir setzen roten Fahnen und Trauer unsere Zuversicht, Mut und Welt-offenheit entgegen. Wir wollen aus einer Stadt mit dieser Vielzahl an Hochschulen einen internationalen Hotspot der Zukunft formen.
- Der Klientel- und Vetternwirtschaft der SPD Bochum setzen wir das Licht der Transparenz und aktive Bürgerbeteiligung entgegen. Wir wollen Lust auf Politik, das gemeinsame Gestalten, das Zusammenleben machen.
- Mangelndes Vertrauen der Politik in die Eltern raubt Entscheidungsfreiheit. Wir vertrauen den starken Eltern auch dann, wenn sie keine Ganztagschule für ihr Kind wollen oder Förderschulen gegenüber der Inklusion bevorzugen.
- Das Prinzip des allgegenwärtigen "Vater Staats" ist am Ende angelangt. Das liberale Urprinzip der uneigennütigen, solidarischen und aktiven Bürgergesellschaft, wie sie bei Selbsthilfegruppen, ehrenamtlicher Hilfe oder Spenden sichtbar wird, ist das Gebot der Stunde, damit die Stadt ihre Kernaufgaben auch morgen erfüllen kann.

Wir

Wir verkörpern die ganze Vielfalt der Einwohner dieser Stadt und sind kein Ältestenrat, der am Vergangenen festhält, statt sich dem Neuen zu öffnen. Uns interessiert nicht, woher jemand kommt, wen er liebt, ob bzw. an wen er glaubt – nur was er machen und verändern will. Denn wir glauben an die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt.

1. Demokratie und Bürgernähe

Die Herausforderungen

Auch zur Kommunalwahl steht fest, dass die Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungen nicht länger nur von außen betrachten und am Wahltag bewerten möchten. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Online-Abstimmungen und Bürgerbeteiligungen sind das Gebot der Stunde.

Häufige Klagen über absurdes Verwaltungshandeln und Gängelung zeugen von einer Politik und Verwaltung, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Bürgerinnen und Bürger in Fesseln zu legen, um ihr Verständnis einer geregelten Paragraphendemokratie durchzusetzen. Desinteresse und der wirtschaftliche Niedergang sind die Folgen einer solchen Denkweise. Liberale setzen auf den mündigen und engagierten Einwohner, der durch Kraft seines eigenen Verstandes verantwortungsvoll handelt. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft der Einwohner Bochums macht die Stadt solidarisch, stark und lebenswert. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden wollen, finden sie unsere Unterstützung, denn die Freiheit des Einzelnen ist Grundlage und Ziel unserer Politik.

Was uns wichtig ist

- Wir wollen Kinder und Jugendliche ernst nehmen und mitbestimmen lassen. Die Einrichtung eines Kinder und Jugendparlaments nach Mülheimer Vorbild, um ihnen

selbst eine Stimme und Gestaltungsraum zu geben, statt Erwachsene und Funktionäre in ihrem Namen sprechen zu lassen. Trotz des Widerstands von SPD, Grünen und Funktionären der Verbände, die um ihren Einfluss fürchten, werden wir auch weiterhin für echte Teilhabe kämpfen.

- "Open Government" führt zu mehr Transparenz und Teilhabe. Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch die Möglichkeiten des Internets transparenter werden. Dazu gehört auch die Übertragung der Ratssitzungen im Internet, um es zeitlich gebundenen Interessierten zu erlauben, sich eine eigene Meinung zu bilden.
- Größere Bauvorhaben sollten von Anfang an in einem Geoinformationssystem erfasst werden, um Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung zu ermöglichen. Neben den notwendigen Details sollten auch Ansprechpartner genannt und Stellungnahmen der Ratsfraktionen erfasst werden. Bei erkennbar strittigen (Bau-)Projekten sollte der Rat stets dazu bereit sein, die Einwohner Bochums vorab zu befragen. Eine Refinanzierung könnte leicht durch den Verzicht auf Stadtumbaubüros und deren personelle Ausstattung erfolgen, die am Interesse des Bürgers vorbeigehen.
- Wir brauchen verstärkte Bürgerbeteiligung durch die Erleichterung von Bürgerbegehren, indem die Fragestellung direkt am Anfang geprüft wird, um nicht den Wunsch von tausenden Bürgerinnen und Bürgern an rechtlichen Hürden nachträglich scheitern zu lassen.
- Der Kontakt zwischen Bürgerinnen bzw. Bürgern und Stadtverwaltung muss mittels der Neuen Medien vereinfacht werden. So könnten örtliche Probleme (Straßen, Infrastruktur, Anregungen) per E-Mail und App schnell an die zuständigen Abteilungen oder politischen Gremien gelangen, was zugleich nachhaltig das Interesse an demokratischen Prozessen stärkt.
- Wir fordern die Abschaffung des Ausschusses für Anregung und Beschwerden, der sich zum Ablehnungs- und Blockadeorgan entwickelt hat. Stattdessen sollten die Anliegen direkt in den Fachausschüssen behandelt werden.

2. Selbstbestimmung durch finanzielle Verantwortung

Die Herausforderungen

Das Ergebnis von 60 Jahren SPD-Herrschaft in Bochum ist desaströs. Die Finanzlage der Stadt ist katastrophal. Bedingt durch fehlende Unternehmen, hohen Sozialkosten und schlechten Einsatz der knappen Gelder hat sich ein Schuldenberg in Höhe von 1,5 Milliarden Euro angehäuft. Der Schuldenberg hat Bochum in die Abhängigkeit der Finanzmärkte geführt und stellt durch die Gefahr ansteigender Zinsen ein Pulverfass dar. Städte wie Düsseldorf, die seit langem von der FDP mitregiert werden, sind dank kluger Steuerung und Entwicklung aber hingegen heute schuldenfrei.

Die Folgen erleben die Bürger Bochums täglich auf den Straßen, in den Schulen oder an der Nebenkostenabrechnung. Gleichzeitig denken Politik und Verwaltung immer noch an neue Bauprojekte – ohne die alten auch nur annähernd finanzieren zu können. Wir können vor Ort nicht alles finanzieren, was wünschenswert ist, sondern nur das, was wirklich notwendig ist.

Der Rettungsweg eines ausufernden "Konzerns Stadt Bochum" erweist sich zunehmend als Eigentor. Die RWE-Aktien haben 2/3 ihres Werts verloren, die Stadtwerke verbrennen bei der erst 2010 – gegen die Stimmen der FDP – gekauften STEAG Millionen, geraten bei Neubauprojekten wie dem Kohle-Kraftwerk in Lünen oder dem Windpark vor Borkum in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Wildwuchs im Konzern Stadt ist kaum noch zu überblicken oder demokratisch zu kontrollieren. Rote Parteibücher, Ehemänner und Verwandte entscheiden nicht-öffentlich über Wasserversorger in Frankreich, schmutzige Kohlekraftwerke in Südamerika und Asien oder das Spitzenhonorar des prominenten Gastredners.

Neben der reinen Misswirtschaft im Konzern Stadt vernichtet die Stadt Bochum auch durch waghalsige Zockerei Millionen. Der Kanalverkauf an amerikanische Investoren erwies sich als millionenschweres Eigentor, der Schweizer Franken nahm nicht die erhoffte Kursrichtung. Öffentlichkeitswirksame Warnungen vor raffgierigen Investoren dienen zur Vertuschung des eigenen Versagens.

Der Weg zur Schuldenfreiheit ist sehr lang und wird ohne Hilfe von außen sehr schwer zu meistern sein. Gleichwohl lehnen wir eine Vogel-Strauß-Politik ab, die den Kopf in den Sand steckt und Verantwortung abschiebt: Betteln ersetzt kein Finanzkonzept. Es hilft keinem, jetzt die Hände in den Schoß zu legen und auf die Retter aus Landes- und Bundesregierungen zu warten.

Was uns wichtig ist

a) Intelligentes Sparen und solides Haushalten

- Sparen ist unbequem und unpopulär. Gleichwohl ist es der einzige Weg, um den Bochumern genug Geld für ihre Lebensgestaltung und wirtschaftliche Impulse zu lassen. Die FDP tritt dafür ein, alle Ausgaben immer wieder kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen - es braucht die Konzentration auf das eigentlich Wesentliche.
- Sparen fängt bei der Politik an. So wie der Föderalismus in Deutschland nicht gefährdet wäre, wenn zwei oder drei Bundesländer zusammengelegt werden, so wäre die Bürgernähe in Bochum nicht in ihrer Substanz gefährdet, wenn es nur noch fünf statt sechs Stadtbezirke geben würde. Auch ein Neuschchnitt der Stadtbezirke muss dabei geprüft werden.
- Kleinvieh macht auch Mist. Diese Binsenweisheit ist allerdings in der Mentalität der Stadtverwaltung oft nicht angekommen. So könnte bereits die konsequente Nutzung von E-Mail, digitaler Aktenführung und Nutzung privater Postanbieter hunderttausende Euro einsparen. Das Rechnungsprüfungsamt muss konsequent Kostenkontrolle betreiben und so darauf hinweisen, wenn die Stadt den dreifachen Marktpreis für angemietete Büroräume bezahlt.
- Wir stehen für transparente Ausschreibungen, auch wenn rechtlich eine Vergabe von Aufträgen ohne Ausschreibung möglich ist. Durch Transparenz und einen Preiswettbewerb lassen sich Kosten sparen, sowie Misswirtschaft verhindern.

- Wir sind für die kostensparende Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten. Eine Möglichkeit stellt hier die Zusammenlegung der technischen Dienste und Rechenzentren dar, wie es beispielsweise die Sparkassen schafften, die auf diesem Weg aus 500 Rechenzentren ein einziges schufen.
- Digitale Technik bietet Chancen für Einnahmensteigerungen und Ausgabensenkungen. So stellt die digitale Aktenführung ein gutes Mittel für einen erheblichen Einsparbetrag dar, das zugleich Verwaltungsabläufe vereinfacht. Bei der Einnahmensteigerung könnte eine konsequente Vermarktung der städtischen Homepage deutlich mehr Geld einbringen, als dies bislang der Fall ist.
- Unnötige Kosten müssen vermieden werden. Bei allen Maßnahmen muss ein effektives Kostencontrolling eingerichtet werden. Kostensteigerungen wie bei manchen Neubauten oder dem Platz des Europäischen Versprechens dürfen sich nicht wiederholen.
- Manche Einnahmen verursachen bei ihrer Erzielung hohe Bürokratiekosten. Liberale Haushaltspolitik ermöglicht solide Finanzen und langfristigen Verzicht auf diese Bagatellsteuern.
- Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Wenn Land und Bund den Kommunen neue Aufgaben aufbürden, ohne für eine Finanzierung zu sorgen, muss sich Bochum dagegen zur Not auch gerichtlich wehren.
- Kommunen brauchen verlässliche Einnahmen. Wir fordern daher eine Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der konjunkturanfälligen und völlig unkalkulierbaren Gewerbesteuer. Zum Ausgleich soll die Gewerbesteuer durch eine eigene Kommunalsteuer mit einem eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzt werden.
- Sparen braucht ein entsprechendes Bewusstsein. Wir stehen daher der Einführung einer kommunalen Schuldenbremse offen gegenüber. Der aktuelle Schuldenstand der Stadt Bochum soll zudem durch eine Schuldenuhr transparent gemacht werden.

b) Personalplanungen

- Die städtische Personalplanung ist zu überarbeiten. Angesichts der Ausgaben in Höhe von 270 Mio. Euro ist nicht nachvollziehbar, wieso ausgerechnet im Rechnungsprüfungsamt Personalmangel herrscht, sodass dieses seinen Aufgaben kaum noch nachkommen kann, und andererseits Personal für überflüssige Vorzeigeprojekte wie eine Agenda-Geschäftsstelle vorhanden ist.
- Nicht für alle Tätigkeiten benötigt die Stadtverwaltung eigenes Personal. Es muss geprüft werden, ob die Aufgabenerfüllung – wie z. B. die Reinigung der öffentlichen Gebäude – nicht teilweise oder ganz von privaten Dienstleistern übernommen werden kann.
- Wir brauchen Kompetenz statt Parteibuchwirtschaft. Auf vielen Ebenen der Stadt Bochum ist Vettern- und Parteibuchwirtschaft verbreitet. Geschäftsführer städtischer Tochterunternehmen qualifizieren sich zum Schaden der Stadt allein durch die Mitgliedschaft in der SPD, der SPD-Ratsfraktion oder durch ihre Verwandtschaftsbeziehungen. So entsteht ein doppelter Schaden, denn unabhängige Mitarbeiter trauen sich nicht, kontroverse Initiativen anzustoßen und passen sich an, um ihre berufliche Laufbahn nicht zu gefährden.

c) Konzern „Stadt Bochum“

- Die FDP fordert die Privatisierung städtischer Gesellschaften, wenn die Leistung den Bürgern durch private Unternehmen besser oder in gleicher Qualität zur Verfügung gestellt werden kann. Die Stadt Bochum hat in den vergangenen Jahren durch den Kauf der STEAG und den Verzicht auf den Verkauf der RWE-Aktien mehrere hundert Millionen Euro vernichtet. Sehenden Auges werden beim Betrieb der veralteten Alten- und Pflegeheime (SBO gGmbH) für die nächsten Jahre Millionenverluste akzeptiert. Für die FDP ist eine solche Finanzpolitik nicht akzeptabel.

- Das beste Beteiligungsmanagement ist die Beschränkung der Beteiligungen. Wir lehnen Investitionen ohne kommunalen und regionalen Bezug ab.
- Wir wollen die demokratische Kontrolle bei bestehenden Beteiligungen durch transparente Verfahren erhöhen. Der Skandal um das Stadtwerkesponsoring hat gezeigt, dass die städtischen Unternehmen kaum demokratisch zu kontrollieren sind, teilweise gezielt genutzt werden, um Finanzströme umzulenken und so die demokratisch gewählten Gremien zu hintergehen. Auf Initiative der FDP beschloss der Stadtrat einstimmig die Einführung eines Kodex (Public Corporate Governance Kodex) zur besseren Unternehmenssteuerung und Transparenz. Gleichwohl interessiert sich die rot-grüne Stadtverwaltung nur bedingt für die Umsetzung dieser Prinzipien, die ihr Verhalten bremsen und aufdecken würden. Hier werden wir weiterhin Druck machen.
- Vor allem die großen christlichen Kirchen nutzen die enge Verflechtung mit der Verwaltung aus, um eigene Interessen auf Kosten der Stadt durchzusetzen. Einrichtungen, die zu mehr als 50% aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sollen zukünftig keine religiöse Gruppe bevorzugen dürfen. Dies gilt sowohl für das Arbeitsrecht als auch für die verwendete Symbolik und den Namen der Einrichtung. Alle Verträge der Stadt müssen binnen der Ratsperiode diesem Prinzip entsprechend umgewandelt und neue Verträge nur noch nach diesem Prinzip geschlossen werden.

3. Wohlstand durch Freiheit

Die Herausforderungen

Bochum ist nicht länger Standort der Großindustrie, die Zeit von Nokia, Opel und Thyssen-Krupp ist vorüber. Die alten Arbeitsplätze der Großindustrie sind fort, neue für Absolventen und Ausgebildete kaum vorhanden. Tagtäglich finden sich in den über-regionalen Zeitungen mitleidsvolle Darstellungen des Standortes Bochum, die in immer neuen Rankings ihre Bestätigung des wirtschaftlichen Niedergangs finden. Während

sich einzelne Landesteile in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs der Vollbeschäftigung nähern, stagniert die Arbeitslosenzahl in Bochum bei knapp 10-11% - Tendenz steigend. Solche Arbeitslosenquoten erzeugen soziale Probleme, Kriminalität und Armut - der Strukturwandel ist gescheitert.

Bochum muss aus seinen Fehlern lernen und mit neuen Impulsen und innovativen Ideen den längst überfälligen Wandel anpacken. Der Wandel beginnt bei einer neuen Geisteshaltung. Es muss im alltäglichen Handeln das Bewusstsein einkehren, dass alle Sachbearbeiter und politischen Mandatsträger einen Teil für die Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen können.

Mit dem Prinzip "Vorfahrt für Arbeit" folgen alle Entscheidungen dem Gedanken, dass Bochum als aller erstes Arbeitsplätze benötigt und andere wünschenswerte Ziele hintenangestellt werden müssen. Die FDP vertritt eine wirtschaftsfreundliche Politik, die das Engagement derjenigen, die Arbeitsplätze schaffen, würdigt und fördert – wir müssen den Wohlstand zunächst erarbeiten, den wir später teilen möchten.

Bochum ist mit mehr als 47.000 Studierenden einer der größten Hochschulstandorte Deutschlands und verfügt damit über ein bedeutendes Potential, für das sich die Stadtverwaltung bislang zu wenig interessiert. Ziel einer Wirtschaftspolitik muss es daher sein, diese Stärke zu nutzen, um neue, fair und leistungsgerecht bezahlte Arbeitsplätze für Nicht-Akademiker in einer forschungsnahen Industrie durch die Verknüpfung von Innovation und Fertigung zu schaffen.

Was uns wichtig ist

a) Rahmenbedingungen schaffen

- Das stetige Anziehen der Gewerbesteuerschraube ist nicht geeignet, um neue Unternehmen anzulocken und die Wettbewerbsfähigkeit der vorhandenen zu stärken. Städte wie Monheim gehen daher einen anderen Weg. Sie gewinnen durch niedrige Hebesätze neue Investoren. Die dadurch entstehenden Einnahmeverbesserungen können für die Sanierung des städtischen Haushalts verwendet werden. Neue Arbeitsplätze entstehen.

- Wir wollen Gewerbeflächen durch die Aufarbeitung belasteter und verseuchter Flächen bereitstellen. Allerdings ist dies eine extrem teure und langwierige Methode, die erst langfristig Erfolge tragen kann. Im Sinne der "Vorfahrt für Arbeit" sollte auch die Nutzung landwirtschaftlich genutzter Flächen kein Tabu sein, um die langwierige und teure Aufarbeitung wirtschaftsfreundlich zu gestalten.
- Die Arbeit der Stadt muss objektiv messbar gemacht werden. Wir fordern die Bewerbung um das Zertifikat "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung", das nach bundeseinheitlichen Güte- und Prüfbestimmungen verliehen wird.

b) Wirtschaftsförderung

- Um "Vorfahrt für Arbeit" zu schaffen, muss allerdings noch der Mentalitätswandel von einem Amt zum Serviceunternehmen folgen. Daher fordern wir, nach Möglichkeit, die Einstellung parteiloser Führungspersonen aus der Privatwirtschaft, die die Sprache der Unternehmen sprechen.
- Wir fordern die Schaffung einer echten Stadtmarke für die Außenwerbung, um Investoren und Touristen neugierig auf die Stadt Bochum zu machen. Dazu muss die Bochum Marketing GmbH aktiver Bestandteil der Wirtschaftsförderung sein.
- Wir brauchen eine bessere Verzahnung der Wirtschaftsförderung mit den Hochschuleinrichtungen um Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus zu fördern. Zur finanziellen Förderung sollte die Gewinnabgabe der Sparkasse an die Stadt Bochum sinken, um damit gezielt Wagniskapital für die Gründung studentischer Unternehmen insbesondere der Gesundheitswirtschaft aufzubauen
- Wir setzen uns für interkommunale Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung in der Metropole Ruhr ein, um gemeinsam eine größere Bandbreite an Unternehmen zu erreichen.

- Statt der Subventionierung von Großunternehmen, die bei erster Gelegenheit den Standort Bochum im Stich lassen, setzen wir uns für die Konzentration auf die Anwerbung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die langfristige und zuverlässige Partner sind, ein.
- Die Clusterbildung in der Gesundheitswirtschaft, die schon jetzt einer der größten Arbeitgeber Bochums ist und durch den demografischen Wandel großes Zukunftspotential besitzt muss gefördert werden.
- Der Technologietransfer und Dialog zwischen lokalen Unternehmen und den Bochumer Hochschulen muss gefördert werden, um den Standortvorteil von Bochum effektiver zu nutzen.

c) Einzelhandelsstandort Bochum

- Der Masterplan des Einzelhandels muss flexibel ausgelegt werden, um die Innenstädte zu schützen, ohne die Wirtschaft auszubremsen. Restriktive Bauvorschriften und Bebauungspläne sollten die Ausnahme bleiben.
- Wir fordern die größtmögliche Freigabe der Sonntagsöffnungen, die für die Einwohner Bochums und den Einzelhandel von großer Bedeutung sind und zahlreichen Geschäften das wirtschaftliche Überleben sichern.
- Wir müssen den Erlebnischarakters des Einlaufs in Bochum und der Watten-scheider Innenstadt stärken, um so den Nachteil des Onlinehandels gezielt auszunutzen: dauerhafte Marktstände, Spielplätze und Aktionen sollten jeden Wochenendeinkauf begleiten.
- Die Rettung der Wochenmärkte durch Privatisierung, wie es beim Moltkemarkt auf dem Springerplatz gelungen ist, der sich durch seine Abendöffnung und den starken Aufenthaltscharakter großer Beliebtheit erfreut, ist auch auf andere Märkte zu übertragen. Nur durch neue Ideen können Kunden angelockt und Händler von einer Teilnahme überzeugt werden.

4. Junge Talente entwickeln und fördern

Trotz des stetigen Zustroms junger Menschen an unseren Hochschulen geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Bochum beständig zurück. Dies liegt nicht nur an der demografischen Entwicklung - auch das Betreuungsangebot und die mangelnde Infrastruktur für Kinder und Jugendliche schrecken ab.

In der Kinderbetreuung erfüllt Bochum das gesetzliche Mindestmaß. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle Eltern in ihrem Stadtteil einen Betreuungsplatz an einer Kita erhalten können. Wartelisten, unflexible Bürokratie und die Suche nach alternativen Betreuungsangeboten sind gelebter Alltag. Eltern erleben oftmals, wie lebensfern und unflexibel die städtischen Angebote sind - fast alle Kindertageseinrichtungen in Bochum schließen am frühen Nachmittag. Dabei ist die Kinderbetreuung ein Kernelement in der Frage, ob Beruf und Familie vereinbar sind und trägt somit erheblich zur Freiheit junger Mütter und Väter bei.

Unser Maßstab bleibt der Wille der Eltern, daher wird sich die FDP weiterhin für ein flexibles, qualifiziertes und ganztägiges Betreuungsnetzwerk einsetzen - von der Kita, über den Kindergarten, bis hin zur Einrichtung des offenen und gebundenen Ganztags an unseren Schulen.

Unser Ziel ist es, kind- und jugendgerechte Lebensverhältnisse zu schaffen und die Bedingungen des Aufwachsens zu verbessern. Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben und vor allem auch über ihre Lebenswelt mitentscheiden zu können. Bochum soll dem Nachwuchs mehr bieten als eine Bank im Einkaufszentrum.

Was uns wichtig ist

a) Kinderbetreuung

- Der Bedarf bei der Kinderbetreuung steigt weiter. Die Stadt erfüllt den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nur dadurch, dass es in Bochum zahlreiche

Tagesmütter gibt. Der Ausbau von Betreuungsplätzen muss daher bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Die Schaffung neuer U3-Plätze darf nicht auf Kosten vorhandener Ü3-Plätze vollzogen werden.

- Die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten richten sich nach Arbeitszeiten, die in der Realität längst nicht mehr die Regel sind. Fast alle Kindertageseinrichtungen in Bochum schließen spätestens um 16.30 Uhr. Es müssen daher auch Angebote für erweiterte Öffnungszeiten und Ganztagsbetreuung geschaffen werden. Dazu gehört auch die Errichtung einer 24-Stunden-Kita in Bochum.
- Kinderbetreuungsangebote sollten zudem flexibler werden. Wenn eine vollumfängliche Betreuung an jedem Tag der Woche nicht erwünscht ist, sollten sich zwei Familien auch einen Kita-Platz bedarfsgerecht teilen können (Kita-Platzsharing). Die Qualität der pädagogischen Arbeit muss dabei jedoch erhalten bleiben.
- Die Beitragsstaffelung ist realistisch auszugestalten. Niemand ist bereit, bis zu 700 Euro für die Betreuung seines Kindes in einer städtischen Einrichtung auszugeben, wenn dies nicht zugleich mit besseren Leistungen verbunden ist.
- Die Unternehmen Bochums stehen im eigenen Interesse in der Pflicht, mehr für die Kinder ihrer Angestellten und Arbeiter zu leisten. Bei der Gründung und Genehmigung von Betriebskindergärten müssen diese größtmögliche Unterstützung durch städtische Ämter erfahren.
- Wir wollen Wettbewerb um die besten Konzepte in der frühkindlichen Bildung und Kinderbetreuung, daher setzen wir uns für die Trägervielfalt ein. Neue Träger bieten vielfach innovative pädagogische Konzepte an und vergrößern so die Möglichkeit der Eltern, aus einem breit gefächerten Angebot verschiedener Konzepte dasjenige zu wählen, das ihren Vorstellungen entspricht.
- Eltern dürfen nach dem Ende der Kindergartenzeit nicht vor dem Betreuungsnotstand stehen. Daher muss das Angebot für Grundschul Kinder im offenen Ganztags weiter ausgebaut werden. Sanktionen wegen kurzzeitig ungenutzter Plätze sind zu unterlassen. Dabei soll die enge und gut funktionierende Zusammenarbeit

beit zwischen den Schulen und ihren außerschulischen Partnern wie den Musikschulen, den Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden gefördert und an den weiterführenden Schulen gezielt genutzt werden.

- Die frühkindliche Bildung ist chronisch unterfinanziert. Die Stadt muss gegenüber der Landesregierung darauf drängen, dass Finanzierungssystem beim Kinderbildungsgesetz überarbeitet wird. Sonst gehen die gesteigerten Anforderungen bei der Kinderbetreuung auf Kosten der Erzieher.

b) Kinder und Jugendliche im Alltag fördern

- Die Spielplätze Bochums sind nach dem Prinzip "weniger ist oft mehr" zu pflegen. Oftmals befinden sich in einem kleinen Abstand mehrere ungepflegte Spielplätze. Die Erfahrung mit dem Spielplatz Max-Klara-Straße zeigt hingegen auf, dass einzelne große und gut ausgestattete Spielplätze einen erheblichen Mehrwert für Kinder und den Sozialraum haben.
- Jugendplätze sollen an der Stelle aufgebener Kinderspielplätze entstehen. Die Planung hat dabei mit Jugendlichen zu erfolgen, um die Identifikation zu stärken und den Bedürfnissen gerecht zu werden (z.B. Skateparks oder Treffpunkte), anstatt weiterhin die Gedankenwelt der Erwachsenen baulich umzusetzen, die sich bis hin zu Öffnungszeiten für Spiel- und Jugendplätze erstreckt.
- Jugendfreizeithäuser bieten den Raum, den Kinder und Jugendliche für ihre selbstbestimmte Entwicklung benötigen. Diese sind in erschreckend geringer Zahl in Bochum vorhanden. Ein Ausbau dieser Infrastruktur muss nach Ansicht der FDP dringend erfolgen.
- Vereine bieten das Netz, um Kinder und Jugendliche zu aktivieren und auch Kinder aus ärmeren Elternhäusern in die Gesellschaft zu integrieren. Ein dauerhafter "Tag der Vereine" kann in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen helfen, gesellschaftliche Netzwerke zu schaffen.
- Die Planung der Ferienprogramme muss in einem größeren Maße in Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen erfolgen. Das Angebot muss sich an den

Vorstellungen der Heranwachsenden orientieren und darf nicht dem kulturell-politischen Dogma der Erwachsenen entspringen. So sollten auch Computerspiel-Angebote ihren Eingang finden, wenn es gewünscht wird.

5. Zukunft gestalten: Talentschmiede Bochum

Die Herausforderungen

Liberaler setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen offen steht. Neben den handfesten wirtschaftlichen Vorteilen ist Bildungspolitik für uns ein Bürgerrecht, das Chancengerechtigkeit schafft und jedem Menschen helfen kann, dank eigenen Fleißes und Kreativität den sozialen Aufstieg zu schaffen. Das Grubengold des 21. Jahrhunderts befindet sich nicht in den Kohleflözen - sondern in den Köpfen der Kinder und Einwohner. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft kann es sich nicht leisten, auf Potentiale zu verzichten. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, jedem als Kind oder im späteren Berufsleben einen Bildungsabschluss zu ermöglichen, der seinen Begabungen und seinem Fleiß entspricht.

a) Junge Talente schmieden

Die Schullandschaft Bochums hat sich in den vergangenen fünf Jahren massiv verändert.

An den Grundschulen machte sich die zurückgehenden Geburtenzahlen bemerkbar, die einen schmerzvollen, aber notwendigen Eingriff notwendig machten. Die nun nachhaltig gesicherten Schulen gilt es zu erhalten und durch eine Reinvestition eines Teils der eingesparten Gelder zu stärken.

Eltern stoßen auf eine Schullandschaft im Umbruch. Bedingt durch den demografischen Wandel und das G8-Abitur gibt es in den Klassenräumen immer weniger Schü-

lerinnen und Schüler. Grundschulen mussten daher wegen der entsprechend fehlenden Lehrerinnen und Lehrer geschlossen werden. Die Inklusion und das absehbare Ende der Hauptschule haben weitreichende Auswirkungen auf die Bildungslandschaft.

Gleichzeitig stagnieren oder schrumpfen die Gelder für Sanierungen und Unterrichtsmaterialien; in der Bochumer Schullandschaft ist der Mangel normaler Unterrichtsalltag. Vorzeigeschulen wie das Neue Gymnasium wurden mit Krediten finanziert, schränken die Möglichkeiten für alle anderen Schulen ein und verdecken das Problem. Der bauliche Zustand vieler Schulen in Bochum ist miserabel.

Die schulische Inklusion besteht derzeit in der bloßen Beschulung der Kinder mit Förderbedarf an den Regelschulen, weder Konzepte noch finanzielle Ressourcen sind vorhanden. Umso verantwortungsloser ist es, dass die rot-grüne Landesregierung hier keine Qualitätsstandards setzt und die Kommunen im Stich lässt, obwohl inklusiver Unterricht ohne entsprechende Mittel vor Ort nicht umgesetzt werden kann. Im Schulbereich setzen wir bei der Inklusion auf Qualität statt auf Tempo. Verwaltung, Schulen, Schüler und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um Kindern mit und ohne Förderbedarf bestmöglich zu fördern.

Was uns wichtig ist

Schullandschaft

- Die vielfältige Schullandschaft in Bochum soll erhalten bleiben. Wir wollen keine rot-grüne Gleichmacherei, sondern weiterhin eine möglichst große Wahlfreiheit für die Eltern. Versuchen, funktionierende Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zwanghaft in Sekundarschulen oder Gesamtschulen umzuwandeln, werden wir uns entgegenstellen. Wir sprechen uns gegen die Bildung übergroßer Schulzentren aus.
- Sollte es die Entwicklung bei den Schülerzahlen notwendig machen, dürfen Schulschließungen nicht kategorisch ausgeschlossen sein. Finanzmittel sind besser in starke und nachhaltig zu betreibende Schulstandorte investiert, anstatt

bestimmte Standorte künstlich auf Kosten der gesunden Schulen am Leben zu erhalten.

- Ganztagschulen sind das bevorzugte Schulmodell vieler Eltern und stellen daher unter anderem mit dem Bau der notwendigen Mensen für die FDP einen Investitionsschwerpunkt in den nächsten Jahren dar. Dabei darf keine Schulform beim Ausbau des Ganztags bevorzugt oder benachteiligt werden. Entscheidungsfreiheit bedeutet dabei auch, ausreichend Schulen ohne gebundenen Ganztags anzubieten.
- Inklusion muss sich an den Möglichkeiten eines Kindes statt an politischen Beschlüssen orientieren. Auch hier müssen die Eltern weiterhin eine Wahlmöglichkeit haben, wenn sie der Meinung sind, dass eine Förderschule ihr Kind besser auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten kann. Die Zusammenarbeit mit Nachbarstädten wie Gelsenkirchen sollte intensiv gesucht werden, um für diese Schülerinnen und Schüler aller Förderschwerpunkte ein Angebot bereitzuhalten.
- Kein Kind darf in den Lücken der Systeme verloren gehen. Daher befürworten wir flexible Angebote wie die Bochumer web-Individualschule, die auch Kindern mit akuten psychischen Problemen Bildung ermöglicht.

Schulausstattung

- Finanzielle Reserven eventueller Konjunkturpakete und finanzieller Zuschüsse müssen auf den Bildungsbereich konzentriert werden, statt Radrennen und Festivals zu fördern. Die Schulbudgets müssen ansteigen, um neuen und kosten-trächtigen Herausforderungen - beispielsweise der Inklusion - Rechnung zu tragen.
- Wir fordern Akzeptanz für das Engagement privater und privatwirtschaftlicher Betätigung im Schulbereich. Dies erleichtert nicht nur die Modernisierung unserer Schulausstattung durch Sponsoring, sondern bietet auch konkrete Vorteile für die Schüler durch praxisnahe Inhalte und Praktika sowie einen leichteren

Übergang von Schule zum Beruf. Insbesondere die Fach(raum)ausstattungen in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik könnten hier enorm profitieren.

- Um aus den finanziellen Möglichkeiten das Beste zu machen brauchen wir die Bereitschaft zu pragmatischen Lösungen. So befürworten wir die Umsetzung des Konzepts "Bring your own device" (BYOD) der Medienberatung NRW, bei dem die ohnehin vorhandenen und technisch oftmals brandaktuellen Geräte der Schülerinnen und Schüler in den Unterricht integriert werden und sich die Stadt Bochum auf die Bereitstellung der Infrastruktur (WLAN, Whiteboards) bzw. ergänzender Leihgeräte konzentrieren könnte.
- Die hygienischen Bedingungen einer Schule beeinflussen nachhaltig das Wohlbefinden. Die bisherigen Anstrengungen zur Sanierung der Toiletten schreiten kaum voran. Daher fordern wir eine transparente Auflistung aller Sanierungsbedarfe und abrufbare Dokumentation des baulichen Zustands. Toiletten an Ganztagschulen sollten außerdem künftig zweimal täglich gereinigt werden.

b) Karriereschmiede Bochum

Die Herausforderungen

Bochum verfügt über einen der wichtigsten Rohstoffe des 21. Jahrhunderts - Bildung und Forschung.

Während die Studierendenzahlen durch den doppelten Abiturjahrgang explodieren, ist dies im Stadtbild dennoch kaum sichtbar. Private Unternehmer versuchten diesen lang bekannten Missstand zu beheben und bauten in der Innenstadt Vorlesungs- und Seminarräume. Nachdem nun auch pendelnde Studierende die Möglichkeit haben, die Bochumer Innenstadt verstärkt für sich zu entdecken, kommt es im nächsten Schritt darauf an, diese für den Standort und die Stadt Bochum zu gewinnen; Hochschulstädte sind Motoren des Fortschritts.

Die Einwohnerinnen und Einwohner Bochums dürfen dabei nicht aus den Augen verloren werden. Auch hier gibt es Menschen, die mehr können und wollen. Die städtischen Bildungstankstellen Volkshochschule und Bibliothek sind hier wichtige Stationen für den weiteren Lebensweg.

Was uns wichtig ist

Hochschulstadt Bochum

- Die Fortsetzung des "Univercity"-Marketings, das alle Akteure zu einer gemeinsamen Vermarktung und Gestaltung des Hochschulraums Bochum anregt, ist besonders zu unterstützen.
- Bochum muss im Alltag als Hochschulstandort sichtbar sein, daher sollte die Stadt in Absprache mit den Hochschulen ein Gesamtkonzept erarbeiten. Insbesondere die Universitätsstraße könnte durch die Hochschulen als Ausstellungsfläche genutzt und so repräsentativ und künstlerisch gestaltet werden. Im Alltag sollen Institute, Lehre und Forschung nach Möglichkeit in die Innenstadt hineinwachsen. Darstellung des internationalen Charakters Bochums durch die Förderung des Englischen im Alltag, beispielsweise durch mehrsprachige Hinweisschilder, Englischkurse für die Beschäftigten des ÖPNV, Benennung von neuen Straßen nach international bedeutsamen Persönlichkeiten (z.B. Nelson-Mandela-Straße; Marie-Curie-Straße), zudem Unterstützung von gleichlaufenden Vorhaben der Privatwirtschaft.
- Die RUB muss besser erreichbar sein. Dazu sollten zu den Stoßzeiten Direktbusse aus den Stadtteilen zur Universität fahren. Ebenso sollte das Parkplatzangebot an der Ruhr-Universität durch den Bau mindestens eines Parkhauses erweitert werden. Parkverstöße sollten nur in schwerwiegenden Fällen geahndet werden.
- Steigende Einwohnerzahlen und Steuereinnahmen generieren wir aufgrund eines Austausches der studierendenfeindlichen Zweitwohnsitzsteuer durch ein Begrüßungsgeld von 50 Euro für die Verlegung des Hauptwohnsitzes nach Bochum.

- Ein weiterer Anreiz, den Wohnsitz nach Bochum zu verlegen, soll in der Etablierung von innenstadtnahen studentischen Vierteln liegen. Dazu sollte die bisherige Politik der bewussten Vereinzelung studentischen Wohnraumes geändert und mittels der VBW ein studentisches Quartier Griesenbruch/Stahlhausen geschaffen werden.

Volkshochschule und Stadtbücherei

- Wartelisten für Sprach- und Integrationskurse sind nicht akzeptabel und stellen eine Missachtung des Menschenrechts auf Bildung dar. Die Finanzierung dieser Kurse muss daher oberste Priorität haben.
- Funktionaler Analphabetismus muss durch die VHS bekämpft werden. Laut Schätzungen leben in Bochum 7.000 Menschen, die unabhängig von ihrer Herkunft kaum Lesen und Schreiben können. Kampagnen sollten daher in der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, Jobcenter oder Betrieben stärker an den Orten präsent sein, an denen sich diese Menschen aufhalten.
- Bochum ist eine der dichtbesiedeltesten Großstädte Deutschlands. Gleichzeitig unterhalten wir neben der Zentralbücherei in den Stadtteilen weitere Büchereien, obwohl diese zum Teil nur 10-15 Minuten von der Innenstadt entfernt sind. Daher fordern wir aus Kostengründen die Zusammenlegung und Schließung der Stadtteilbüchereien (mit Ausnahme der Wattenscheider Bücherei), um die Zentralbücherei zu stärken.

6. Freiheit und Sicherheit

Die Herausforderungen

Sicherheit und Freiheit sind stets in einer gesunden Balance zu halten. Niemand möchte in einer unsicheren Stadt leben, aber jeder will gleichzeitig größtmögliche Freiheit genießen können. In einer Großstadt wird es stets Kriminalität geben, sie darf

aber niemals so überhand nehmen, dass unser Lebensgefühl beeinträchtigt wird. Gleichwohl benötigen die einzelnen Opfer Hilfe, während die Täter zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Auch der Konzern "Stadt Bochum" ist oftmals von Verbrechen betroffen. Kartelle, betrügerische Baufirmen und Korruption sind Verbrechen, mit denen sich die Stadt in der Vergangenheit konfrontiert sah und die sicherlich auch in Zukunft wieder geschehen werden. Hier müssen Maßnahmen getroffen werden, um weitere Taten zu erschweren und durch größtmögliche Transparenz zur Aufklärung dieser Taten beitragen.

Das Ordnungsrecht ist aus liberaler Sicht eine große Ansammlung von Verboten und Einschränkungen, die den Bürger oftmals das Leben unnötig erschweren. Die liberale Herausforderung ist es, im Ordnungsrecht das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit wieder in eine Balance zu bringen. Es ist kein Naturgesetz, dass jedes Jahr neue Dinge eingeschränkt und verboten werden müssen, Politik darf nicht nur in der Forderung des nächsten Verbotes und der nächsten Einschränkung bestehen. Die Stadt gehört den Bürgerinnen und Bürgern.

Was uns wichtig ist

a) Freiheit schützen

- Neue Satzungen werden wir zeitlich befristen. Dadurch geben wir nicht nur den Bürger die Freiheit, die ihnen zusteht, sondern motivieren auch diejenigen, die Neues schaffen und sich in unserer Stadt engagieren wollen.
- Abzulehnen sind hingegen Eingriffe in die Freiheit der Bürger, wenn diese nicht messbare Vorteile für die Sicherheit und Ordnung erzeugen. So lehnen wir zum Beispiel die zunehmende Einschränkung des Grillens ab, da so alle Bürger für das Fehlverhalten einzelner büßen müssen. Auch sind kommunale Modeverbote - wie das in einigen Städten diskutierte Alkoholkonsumverbot - abzulehnen. Hingegen ist das Glas-Verbot bei Heimspielen des VfL Bochum eine nachweislich vorteilhafte Regelung.

- Der Staat ist im besonderen Maße dem Datenschutz verpflichtet. Städtische Unternehmen sollten daher auf Gewinnspiele verzichten, die gezielt der Datensammlung dienen. Bei der Herausgabe von Meldedaten ist passiver Widerstand zu leisten. Die Bürger sind in den Bürgerbüros aktiv auf neue Widerspruchsmöglichkeiten hinzuweisen.
- Öffentlichkeitswirksame Fälle von Korruption und Untreue kamen in den letzten Jahren bei USB, Stadtwerken und der EGR vor; die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen und bezeugt das Bild einer verfilzten Stadt. Durch die Einsetzung parteiunabhängiger Personen, eines internen Antikorruptionsbeauftragten und Regeln zur Transparenzsteigerung - wie dem von uns in den Rat eingebrachten Public Corporate Governance Kodex - wollen wir das Problem weiterhin bekämpfen.

b) Sicherheit gewährleisten

- Der Polizei muss es wieder ermöglicht werden, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Statt mit Blitzmarathons Autofahrer abzukassieren, sollte der Schutz der Bürger vor Kriminalität im Vordergrund stehen. Eine starke Präsenz der Ordnungsdienste verhindert Kriminalität, die beispielsweise eine flächendeckende Videoüberwachung trotz des massiven Eingriffs in die persönliche Freiheit nicht leistet.
- Jugendliche suchen durch ihre Taten oft Akzeptanz innerhalb ihrer Altersgruppe. Insofern ist es wichtig, dass diese Täter eine Rückmeldung durch Gleichaltrige erfahren - daher sind wir für "Teencourts", in denen ausgebildete Jugendliche die "Jugendsünden" mit den Tätern besprechen, um so ein weiteres Abrutschen in die Kriminalität an der Wurzel zu bekämpfen.
- Jugendkriminalität muss frühzeitig unter Einbeziehung aller Akteure entgegengetreten werden. Um die Wege zu verkürzen, braucht es die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechts, in dem Absprachen einfacher als bislang getroffen werden können und dem Jugendlichen so eine geschlossene Front gegenübertritt.

- Auftritte und Aktionen von politischen und religiösen Extremisten sind mit allen Mitteln der Zivilgesellschaft entgegenzutreten. Die Stadt muss hierfür unterstützend und fördernd tätig werden.
- Es muss geprüft werden, ob durch eine neue Polizeidienststelle im Bermuda-Dreieck für mehr Sicherheit in diesem Bereich der Stadt sorgen kann.
- Sauberkeit und Licht beseitigen Angst, daher kommt dem Stadtbild eine prägende Rolle zu. So schreckt die sofortige Entfernung von Grafittis Nachahmer ab, die sich frustriert abwenden. Jugendliche Täter sollten nach Düsseldorfer Vorbild ihr Werk selbst beseitigen müssen.
- Die Feuerwehr benötigt eine personelle und strukturelle Ausstattung, die den Anforderungen gerecht wird. Dem Ausbluten der freiwilligen Feuerwehr ist durch aktive Werbung entgegenzutreten.
- Auch die Stadt Bochum kann etwas gegen Kindesmissbrauch tun. Alle Einrichtungen, in denen Kinder aktiver Bestandteil sind, haben ein Kinderschutzkonzept vorzulegen, das einen Verhaltenskodex, eine Risikoanalyse und einem darauf aufbauenden Präventionsplan vorzulegen, in dem Risikosituationen erfasst und strukturell entschärft werden. Die Förderung von Sportvereinen sollte mittelfristig an die Vorlage eines solchen Plans und die optionale Einholung erweiterter Führungszeugnisse gekoppelt werden, was letztlich ebenso im Interesse der Vereine liegen muss.

7. Gesellschaft in Freiheit und Verantwortung

Die Herausforderungen

Das gesellschaftliche Zusammenleben bietet Chancen, wirft aber auch Probleme auf, die durch Arbeitslosigkeit entstehen und zur Armut führen können. Eine liberale Sozialpolitik möchte den Betroffenen die wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten, ohne die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zu vernachlässigen.

a) Arbeitslosigkeit bekämpfen und Armut vermeiden

Arbeitslosigkeit und Armut sind Faktoren, die menschliches Leben grundlegend prägen und verändern. Hier sind sowohl die Gesellschaft als auch der Betroffene gefordert, um jedem Einzelnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Teilnahme an gesellschaftlichen Entwicklungen zu ermöglichen.

Was uns wichtig ist

- Arbeitsplätze müssen erhalten oder geschaffen werden, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Insbesondere im Produktionsbereich sind hier durch Nokia und Opel Lücken entstanden, die durch Neuansiedlung geschlossen werden müssen.
- Sozialtarife sollen kritisch überprüft werden, hinsichtlich Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Es muss im Sinne von Fordern und Fördern klar gestellt werden, dass die Kosten die Allgemeinheit trägt und keine Vollkostenmentalität unterstützt wird.
- Schulische Bildung und berufliche Ausbildung sind unverzichtbar für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das Augenmerk muss auch auf die Bekämpfung von Analphabetismus gerichtet werden.
- Zugangsmöglichkeiten zu Beratungsstellen müssen niedrigschwellig angeboten werden. Auch private Träger sollen Berücksichtigung finden.
- Das Prinzip "Fördern und Fordern" muss durch das Jobcenter fortgesetzt werden. Ziel muss die Befähigung zu einem ausreichenden Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit sein. Hilfe muss dort geleistet werden, wo es ihrer bedarf.

- Das Lohnabstandsgebot muss durch Ablehnung überzogener Sozialtarife oder eines Sozialtickets gestärkt werden, um Beschäftigte im Niedriglohnssektor nicht schlechter als Empfänger der Grundsicherung zu stellen.
- Die Arbeitsmarktlage für Geringqualifizierte muss durch eine Stärkung des produzierenden Gewerbes verbessert werden, da dort auch weniger qualifizierte Menschen einen fair und leistungsgerecht bezahlten Arbeitsplatz finden.
- Anonyme Bewerbungen lehnen wir ab. Diese kosten erhebliche personelle Kapazitäten, unterstellen den Einstellenden pauschal eine diskriminierende Haltung, ohne am Ende einen echten Mehrwert zu bieten, denn eine Förderung von alleinerziehenden Müttern, Migrantinnen und Migranten sowie von Menschen mit Behinderungen wird dadurch erschwert.
- Leistungsschwächere Schüler im Rahmen des Übergangsmanagements Schule/Beruf sollen frühzeitig zu einer Ausbildungsaufnahme bewegt werden, anstatt sie an den Berufskollegs zu parken.
- Die Ausbildungsvermittlung von jungen Arbeitslosen in Zusammenarbeit mit anderen Jobcentern in wirtschaftlich starke Regionen muss zum Wohl der jungen Menschen gefördert werden, auch wenn dies einen Verlust für die Stadt Bochum darstellt.

b) Integration – Miteinander leben

Für Bochum, als weltoffene Universitätsstadt, ist die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Bereicherung und eine Chance, die gefördert werden muss.

Was uns wichtig ist

- Wir sehen Migranten nicht als Problemgruppe, sondern wollen neue Bürger in Offenheit aufnehmen und begrüßen den interkulturellen Dialog mit ihnen.
- Um Integration zu erleichtern, unterstützen wir alle Maßnahmen, die dazu führen, Migranten schnellstmöglich zu integrieren, zum Beispiel durch Sprachförderung, Qualifizierungsmaßnahmen und Integrationslotsen.
- Wir halten es für wichtig, dass Zuwanderer von den Möglichkeiten unserer Gesellschaft durch Eigeninitiative profitieren können. Hierzu gehören auch gleichberechtigte Arbeitsplatzchancen in der kommunalen Verwaltung. Starre Migrantenquoten lehnen wir jedoch ab.
- Bochum muss Flüchtlingen angemessene Unterkünfte mit guten hygienischen Standards und akzeptablen Inneneinrichtungen bieten. Hier befürworten wir eine dezentrale Unterbringung, um Integration zu befördern und Stigmatisierung zu verhindern.
- Der Schlüssel zur Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Maßnahmen zum Erwerb der Sprachkompetenz müssen gefördert werden.
- Auch bei der Integration gilt der Grundsatz "Fördern und Fordern". Um die Integration verbindlicher und transparenter zu gestalten, befürworten wir Zielvereinbarungen zwischen Migrationsberatungsdiensten und Rat suchenden Migrantinnen und Migranten (Integrationsvereinbarungen).
- Wir wollen das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger, die sich seit fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten. Der Integrationsrat, der an die Stelle des Migrationsausschuss tritt, darf kein reiner Debattierclub sein, sondern sollte über eigene Kompetenzen und eine angemessene finanzielle Ausstattung verfügen.
- Jede Kultur und Religion gehört zu Bochum und der Umgang der Politik mit den Glaubensrichtungen stellt ein bedeutendes Indiz für Migrantinnen dar, wie sie gesellschaftlich akzeptiert werden. Wir begrüßen den interreligiösen und interkulturellen Dialog sowie den Ausbau von Gotteshäusern, Kulturzentren und

Friedhofsflächen. Auf die Bedürfnisse von verschiedenen Kulturen muss im Alltag mehr Rücksicht genommen werden, etwa durch die Einrichtung kultursensibler Pflegedienste.

c) Demographischer Wandel – Chancen und Möglichkeiten

Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass der Anteil der Bürger über 50 Jahre bis zum Jahr 2025 auf ca. 44 % ansteigen wird.

Der demographische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Eine selbstbestimmte und generationsübergreifende Zusammenarbeit findet bereits statt, muss aber für die Zukunft ausgebaut werden, damit Jung und Alt ihr Zusammenleben weiterhin miteinander gestalten können.

Was uns wichtig ist

- Der demographische Wandel ist ein Gestaltungsauftrag. Wir möchten diesen durch die Schaffung einer kompetenten kommunalen Stelle eines Demographiebeauftragten umsetzen. Er soll Ansprechpartner und Schnittstelle zwischen Bürgern, Wohlfahrtsverbänden und der Stadt sein und den Belangen aller Generationen gerecht werden. Diese Stelle soll nicht zusätzlich, sondern durch Umbesetzung geschaffen werden.
- Wir befürworten die Idee der „Seniorenbüros“ und sehen sie als Chance, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.
- Durch eine stärkere Einbindung der Engagierten vor Ort können Stadtteile attraktiver gestaltet werden. Sie sollen interessante Angebote schaffen und bisher nicht erreichte Bürger für Engagement gewinnen.
- Wir unterstützen die Pläne, Stadtteile so zu gestalten, dass sich Jung und Alt in „ihrem“ Wohnumfeld wohlfühlen.

- Selbstständigkeit bedeutet Freiheit. Betreutes Wohnen, Senioren-WGs, Mehrgenerationen-Projekte und Angebote der Tagespflege stellen gegenüber Pflegeheimen kostengünstige Alternativen dar und sichern Selbstbestimmung auch im hohen Alter.
- Die VBW nimmt eine Schlüsselrolle beim Umbau der Stadt ein. Ihre Aufgabe ist es, barrierefreien Wohnraum zu schaffen, um damit der ansteigenden Nachfrage gerecht zu werden. Betreutes Wohnen und Pflegeheime müssen in kleinen Einheiten in der ganzen Stadt vorhanden sein, um den Eindruck absonderter "Altenfabriken" zu verhindern.
- Die Zielgruppe der Behinderten unterhalb des Rentenalters muss die Chance haben, geeigneten Wohnraum zu erwerben. Es ist nicht akzeptabel, wenn Behinderte mangels Wohnraum wegen der Konkurrenz durch Rentner in Pflegeheimen untergebracht sind.
- Wir begrüßen die Arbeit der Seniorensicherheitsberater, die ehrenamtlich Senioren über Einzeltricks und andere Sicherheitsfragen informieren.

8. Infrastruktur

Die Herausforderungen

Auswärtige erkennen bei Einfahrt in die Stadt bereits anhand der Schlaglöcher, gesperrter Brücken und zugewachsener Verkehrsschilder den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt, der sich in einer massiven Unterfinanzierung der Infrastruktur niederschlägt. Alle Verkehrsteilnehmer sind von der bestehenden Situation frustriert. PKW-Fahrer finden keine Parkplätze und erleiden durch Schlaglöcher technische Defekte. Fahrradfahren ist in der Stadt unkomfortabel und gefährlich.

Busse und Bahnen erfreuen sich größter Beliebtheit. Insbesondere für die 40.000 Studierenden dieser Stadt stellt die Campusbahn U35 das Herzstück der Mobilität Bochums dar. Die BoGeStra verfügt über einen modernen Fahrzeugpark. Gleichwohl ist der ÖPNV an den Grenzen der Finanzierbarkeit und im Fall der U35 auch am Maximum

des Takts angekommen. Insbesondere die Unterhaltungskosten des Straßenbahn- und U-Bahnnetzes sind heute eine schwere Belastung. Bochum muss sich entscheiden, ob es weiterhin auf einen Ausbau setzt oder die bestehende Infrastruktur nachhaltig sichern möchte.

Was uns wichtig ist

a) Verkehrsinfrastruktur

- Der Wechsel vom Ausbaudogma im ÖPNV hin zum nachhaltigen Erhalt der bestehenden Infrastruktur und Bevorzugung kostengünstiger Lösungen ist notwendig, um das derzeitige Niveau in Zeiten zurückgehender Bevölkerungszahlen halten zu können.
- Für die Einsparung von Verwaltungskosten in den Öffentlichen Verkehrsbetrieben ist eine engere Zusammenarbeit und mögliche Zusammenlegung der BoGeStra mit Verkehrsbetrieben von Nachbarstädten zu prüfen.
- Wir fordern die Verzahnung der Verkehrsmittel, um einen flexiblen Wechsel der unterschiedlichen Verkehrsmittel zu ermöglichen. Dazu müssen die zentralen Umstiegsorte Parkplätze, Carsharing-Angebote, Leihfahrräder und Fahrradstationen bereithalten. Die Preisgestaltung der Einzeltickets darf einen Verkehrsmittelwechsel nicht verhindern.
- Die Sanierung der Straßen muss dem Gedanken folgen, dass der Verzicht auf kleine Arbeiten später zu großen Folgekosten führt. Daher fordern wir die konsequente Anhebung der Sanierungsbudgets für Straßen.
- Autofahrer benötigen Parkplätze. Wir lehnen den beständigen Rückbau von Parkplätzen ab. Um den Parksuchverkehr in der Innenstadt zu reduzieren, wollen wir die Preise in den Parkhäusern senken und die umgebenden Straßenparkplätze anteilig verteuern. Eine Bezahlung sollte künftig auch über Handy-Apps möglich sein.

- Baustellen müssen besser koordiniert werden. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Situationen, in denen einzelne Stadtteile durch gleichzeitig eingerichtete Baustellen der verschiedenen Ämter und Betriebe abgeschnürt wurden. Daher fordern wir eine zentrale und öffentlich einsehbare Planung auf der Homepage der Stadt Bochum.
- Zur Förderung des Reisebusverkehrs als preisgünstige Alternative zur Bahn muss die Ferdinandstraße in einen Parkplatz für Reise- und Fernbusse umgestaltet werden, um so die Stadt für Städtereisen attraktiv zu machen.
- Fahrradschnellwege haben für die FDP mangels räumlicher Möglichkeiten und der Kosten für Bau und Unterhaltung keine Realisierungschancen. Stattdessen sollten sich die Bemühungen auf Verbesserungen in den Stadtteilen konzentrieren, um ein wohnortnahen Radverkehr zu befördern. So sollte der Investitionsschwerpunkt bei der Erreichbarkeit von Schulen, Stadtteilzentren und Haltestellen liegen. Für den Hauptbahnhof wünschen wir uns ein Fahrradparkhaus, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.
- Der Verkehrsfluss soll nicht unnötig gehemmt werden. Wir setzen uns für mehr "grüne Wellen", Abschaltung von Ampeln in der Nacht sowie die Schaffung neuer Kreisverkehre aus.
- Wir lehnen den Rückbau der Hauptstraßen für den Fahrradverkehr ab. Die Baustellen an der Herner Straße und der Königsallee zeigen deutlich die Folgen, die werktags an einen Verkehrskollaps heranreichen.
- Steigende Taxigebühren schrecken Kunden ab und verschärfen so noch die finanziellen Sorgen der Taxiunternehmen. Besondere Angebote wie ein Winketarif für Kurzstrecken können Taxifahrten wieder attraktiver machen.

b) Bauinfrastruktur

- Familien müssen bei der Erlangung von Wohneigentum durch Umwandlung nach Vorbild Rotterdams unterstützt werden. Der gezielte Aufkauf von Häusern

in weniger attraktiven Stadtteilen und günstige Weitergabe – unter der Bedingung der Renovierung und fünfjährigen Nutzung, lockt gezielt verantwortungsvolle Bürger in die Stadteile und fördert zugleich Familien.

- Eigentum verpflichtet zu bestandserhaltenden Maßnahmen. Die FDP will Schrottimobilien gezielt und konsequent beseitigen und dazu alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Eigentümer zur Sanierung bzw. zum Abriss zu drängen, um eine Verwahrlosung der Grundstücke und der Umgebung zu verhindern.
- Ein Abriss entweihter Kirchengebäude kann kein Tabu sein. Angesichts der Unterhaltungskosten dieser Gebäude und den Preisvorstellungen der Kirchenverwaltungen stellt es eine Überforderung des städtischen Haushaltes dar, diese Gebäude pauschal erhalten zu wollen - wenngleich kostenneutrale Folgenutzungen zu begrüßen sind.
- Die Verantwortung der Investoren für die nähere Umgebung muss eingefordert werden. Da beispielsweise Discounterketten über eine hervorragende Standortanalyse verfügen, sollte die Stadtverwaltung im Gegenzug für die Baugenehmigung selbstbewusst eine hochqualitative Ausstattung des Standortes und Aufwertung der Umgebung verlangen.
- Die soziale Durchmischung unserer Stadt ist ein wichtiger Aspekt, um Armutsviertel zu verhindern, echte Integration zu schaffen und Kinder mit Migrationshintergrund von Geburt an sprachlich einzubinden. Die VBW sollte hierfür hochwertigen und preislich angemessenen Wohnraum in derzeit weniger attraktiven Quartieren schaffen. Bei Bauvorhaben ist ab einer gewissen Größenordnung eine Quote der geplanten Wohnungen im geförderten und ein Anteil im preisgedämpften Wohnungsbau zu realisieren. Bei jedem Projekt ist zu prüfen, inwieweit der Standort für die Umsetzung von sozialem und preisgedämpftem Wohnungsbau geeignet ist.
- In dicht bebauten und zugleich unattraktiven Quartieren wie Hamme und Stahlhausen fehlen attraktive Frei(zeit)räume, die Quartiere in der Gesamtheit aufwerten. Eine "Stadtreparatur durch Teilabriss" ist ins Auge zu fassen.

- Wir wollen kreatives Potential der Studierenden nutzen. Die immer wieder durch neue Studierendengenerationen vorgelegten architektonischen oder verkehrsplanerischen Konzepte von Studierenden sollten Eingang in die politischen Gremien haben und in den entsprechenden Ausschüssen diskutiert werden.
- Ökologisches Bauen besteht nicht alleinig aus dem Erhalt von Bäumen. Die FDP spricht sich für eine verstärkte Rolle des nachteilslosen und kostengünstigen Baustoffes Holz aus, um den Einsatz von Kunstfaserstoffen zu vermindern, was erstmals auch den späteren Abriss eines Gebäudes nachhaltig in die Planungen einkalkulieren würde.
- Der Charakter einer offenen Stadt ist zu fördern, indem auch große Stadtbau- steine wie der diskutierte Stadtturm Bochum teilöffentlich genutzt werden, um den Eindruck einer Abschottung großer Gebäude zu verhindern.

9. Kultur

Die Herausforderungen

Bochum ist kulturelles Herzstück der Metropole Ruhr. Es ist institutionell geprägt durch das Flaggschiff Schauspielhaus, dem größten deutschen Theater, mit den Beibooten Bergbaumuseum, Bochumer Symphoniker, Starlight Express, Eisenbahnmuseum und dem Planetarium. Drumherum befinden sich zahlreiche weitere Einrichtungen, Veranstaltungs- und Projektformate insbesondere im musikalischen- und Theaterbereich. Öffentlichkeitswirksame Festivals und Stadtfeste runden dieses Bild Bochums ab. Neubürger erkennen schnell die besondere Atmosphäre in Vierteln wie dem Ehrenfeld.

Gleichwohl ist die Förderung der Kulturszene beständig von finanziellen Kürzungen bedroht, private Initiative wird unerlässlich. Zugleich denken Stadt und Politik immer noch an eine Ausweitung des Angebots, während sich an der Musikschule jede Unterrichtsstunde dramatisch verteuert. Das Konzept der Kulturwirtschaft als Standortfaktor, um so neue Bürger und Unternehmen anzulocken, ist in Zeiten der roten Zahlen nur schwer finanzierbar. In diesem Spagat zwischen dem Wünschenswerten und dem

Machbaren bedarf es umso mehr einer ausgewogenen liberalen Handschrift bei der Kulturförderung.

Was uns wichtig ist

- Kultur lebt von Eigeninitiative und privatem Engagement. Zur Aufgabe, Kultur finanziell zu fördern, gehört die deutliche Ansage, dass nicht alle Ideen, Initiativen und Projekte automatisch einen Anspruch auf Förderung durch städtische Mittel haben können. Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt kann nur ergänzend hinzukommen. Zudem muss geprüft werden, ob im Kulturbereich Förderungen nicht stärker durch Stiftungen übernommen werden können.
- Nachhaltigkeit ist als Grundprinzip der Kulturförderung anzusehen. Daher sind kleine und dauerhafte Veranstaltungsformate zu begrüßen und zu fördern.
- Kulturförderung muss die organisatorische Unterstützung der freien Szene im Blick haben. Kernbestandteil hierfür sind Räume und Präsentationsflächen. Herausragendes Beispiel ist das Essener Unperfekthaus, das architektonisch und konzeptionell vorbildhaft ist. Auch im mäßig besuchten Kunstmuseum sollte sich die Förderung stärker auf die Präsentation der Werke Bochumer Nachwuchskünstler konzentrieren. Bochum sollte ein Sprungbrett und nicht Abnehmer millionenschwerer Kunstwerke sein.
- Finanzielle Förderungen durch die Stadtwerke, Sparkassen und andere städtische Unternehmen sind zu unterlassen und die verausgabten Gelder dem städtischen Haushalt zuzuführen. Der für diese Tätigkeit demokratisch gewählte Stadtrat bzw. die Bezirksvertretungen sind die von den Bürger einzig legitimierten Gremien, die im Rahmen des Jahresabschluss künftig einen transparenten Zuwendungsbericht veröffentlichen sollten.
- Das Schauspielhaus ist das Flaggschiff der Bochumer Kultur und sollte weiterhin im Zentrum der institutionellen Unterstützung stehen. Die Bochumer Kultur-Institutionen stehen in der Pflicht, mit den zugeteilten Geldern sparsam und effi-

zient umzugehen. Um den kostspieligen Betrieb des Musikzentrums besser finanzieren zu können ist eine Kooperation mit Nachbarstädten und privaten Trägern zu prüfen.

- Musikschulen stellen einen wichtigen Baustein der kulturellen Förderung von Kindern und Jugendlichen dar. Es ergibt keinen Sinn, einerseits Programme wie "Jedem Kind ein Instrument" (JeKi) öffentlichkeitswirksam zu fördern, sich mit der Popakademie zu schmücken und gleichzeitig die Gebühren für Kinder und Jugendliche beständig anzuheben, so dass musikalische Bildung unfinanzierbar wird. Die FDP fordert hier eine Gebührenbremse bzw. die Prüfung von Gebührensenkungen, um Kindern musikalische Bildung zu ermöglichen.
- Wir ermuntern die Einrichtungen, neue Wege in der Vermarktung und Finanzierung zu suchen, wie es das erfolgreiche Planetarium mit Gutschein-Aktionen unternahm. So erscheint aus Sicht der FDP ein "Zahl, was du willst!"-Angebot an besucherschwachen Tagen nach den positiven Erfahrungen des Münsteraner Zoos vielversprechend zu sein.
- Projekte müssen der Profilierung der Kunst und nicht allein dem Nachruf eines Künstlers dienen. Der "Platz des europäischen Versprechens" macht deutlich, wie unverhältnismäßig teuer und mangelhaft vernetzt solche Prestigeprojekte sein können.
- Auch der denkmalgeschützte Stadtpark ist ein wichtiger Teil der Bochumer Kulturlandschaft. Wir fordern für ihn ein Konzept, das langfristig den Denkmalcharakter und zugleich den Naherholungswert sichert. Bürger könnten in einem zu gründenden "Freundeskreis Stadtpark" dabei helfen.
- Denkmalschutz muss sich allerdings an den Bedürfnissen der Bürger orientieren, wenn er wirksam sein möchte. So ist es nicht zweckmäßig, wenn unattraktive Wohnviertel sprachlich als Viertel der "Arbeiterkultur" aufgeblasen werden, aber anschließend niemand diese unzweckmäßigen – und aus heutiger Sicht hässlichen – Gebäude sanieren und erhalten möchte.

10. Umwelt

Die Herausforderungen

Der Umwelt in Bochum geht es grundsätzlich gut. Die Abwanderung der Großkonzerne und die damit einhergehende Reduzierung der Umweltverschmutzung hatten zumindest für die Umwelt auch positive Folgen. Die freie Natur rückt mit ihrem Freizeit- und Erholungswert in den Vordergrund, die Aufgaben des Umweltschutzes haben sich hier zur Pflege des Bestands und Wiederherstellung der verschmutzten Gebiete gewandelt.

Für Liberale ist der Umweltschutz wichtiger Bestandteil des Verantwortungsgefühls, denn unser Handeln ist es, das sich im Zustand der Umwelt direkt niederschlägt. Dabei ergibt sich oft, dass der Zustand der Natur das eigene Handeln positiv oder negativ beeinflusst - wo durch Stadt und Einwohner keine Pflege der Umwelt mehr stattfindet, gibt es auch kein Verantwortungsgefühl.

Dazu gehört ergänzend die Beurteilung der Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen und Vorschriften. Umweltschutz als ideologisches Konstrukt, das der Logik und dem gesunden Menschenverstand zuwider läuft, kann kein Bestandteil einer liberalen Gesellschaft sein. Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht bringt langfristig mehr als eine Verbotspolitik.

Auch im Umwelt- und Naturschutz muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingehalten werden, die dicht bebaute Stadt Bochum kann nicht gleichzeitig Biotop und Lebensraum für 360.000 Einwohner sein. Der globale Klimawandel kann nicht in der Kommune gestoppt werden, daher sind Maßnahmen auf ihre lokale Wirksamkeit zu überprüfen und sollten sich weitgehend auf die Verbesserung des Stadtklimas und energetische Sanierungen beschränken.

Was uns wichtig ist

- Bochum ist nicht die Stadt der Windkraftanlagen und auch kein Schwerpunkt für Solaranlagen. Entsprechend hat sich die Förderung der Erneuerbaren Energien auf die Geothermie zu konzentrieren, die in Bochum forschungsstark vertreten ist.
- Wirtschaft bedeutet auch Beeinträchtigungen wie z. B. Lärm. Wer Arbeitsplätze haben will, muss dies angemessen berücksichtigen. Im Rahmen der "Vorfahrt für Arbeit" sind Umweltvorschriften daher auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.
- Die Umweltzonen haben nachweislich keinen bedeutsamen Effekt auf die Luftqualität gehabt und belasten stattdessen Betriebe und ärmere Mitbürger, für die der Kauf von neuen Fahrzeugen eine große finanzielle Belastung darstellt. Wir sprechen uns daher für den Verzicht auf Kontrollen und Aufhebung der Umweltzonen auf, wo dies rechtlich möglich ist.
- Es sollte ergebnisoffen geprüft werden, ob sich eine Privatisierung des USB finanziell vorteilhaft auf die Stadtfinanzen und die Gebührengestaltung auswirken kann.
- Parks, Teiche, Bäche und Wälder müssen auch als Naherholungsgebiete für die Bochumer Bürger gestaltet werden.
- Der ideologisch motivierten Erziehung von Menschen setzen wir technische Lösungen entgegen, wie es bei der Abfallbeseitigung deutlich wird. Da die eigenhändige Abfalltrennung nachweislich zu schlechteren Ergebnissen als die maschinelle Lösung führt, fordern wir die 1-Tonnen-Lösung für den Restmüll und Plastikabfälle, die den Bürger überflüssige Arbeit erspart. Die Berechnung der Kosten für die Müllentsorgung soll anhand des Gewichts der Tonnen, die bei der Abholung gewogen werden, ermittelt werden.
- Da die bisherigen Pflegestandards kaum noch zu finanzieren sind, ist die Bürgergesellschaft stärker einzubeziehen. Aktionen und Projekte wie Baumpaten-

schaften, Guerilla-Gardening oder gemeinschaftliches Müllaufsammeln sind organisatorisch und finanziell zu fördern. Dabei sind auch die Schulen mit einzu- beziehen, um Großstadtkindern einen Bezug zur Natur zu ermöglichen.

- Die Hundesteuer ist eine Bagatellsteuer, die zugunsten einer zweckgebundenen Gebühr abgeschafft werden muss. Die Bußgelder für Ordnungsverstöße in diesem Zusammenhang müssen erhöht werden. Solange sie erhalten werden, müssen sie auch einen erkennbaren Gegenwert für die Hundebesitzer haben. Um gleichzeitig weniger Hundekot beseitigen zu müssen, fordern wir abgetrennte Hundewiesen, auf denen sich Hunde unangeleint bewegen können. Diese sollten mit kostenlosen Hundekot-Tüten samt Einweghandschuhen ausgestattet sein, um zugleich die Hundebesitzer in die Pflicht zu nehmen.
- Die Bauvorhaben der Stadt Bochum ignorieren neue Ansätze zur Einsparung von Energie. Wir fordern daher Modellprojekte wie den Einbau von Sonnenkollektoren, Wärmepumpen oder solaren Absorptionsanlagen, die im Sommer kühlen und im Winter Wärme erzeugen, in städtischen Gebäuden.
- Energieeinsparungen, Wohlbefinden und Leistungssteigerung können Hand in Hand gehen – daher fordern wir beispielsweise den Einbau von Lüftungssystemen in Schulen, damit künftig nicht nur die Wahl zwischen schlechter Luft und kostenträchtigem Wärmeverlust besteht.
- Anstelle der schwer umsetzbaren Forderung nach Entsiegelung der bebauten Flächen fordern wir die pragmatische Anlegung von Dachbegrünungen, um Hitzeinseln in den Stadtteilen zu reduzieren.
- Bürokratische Umweltmaßnahmen wie die Baumschutzsatzung sind abzuschaffen, da sie außer dem Schreiben von Anträgen und Genehmigungen keinen positiven Effekt haben. Stattdessen sollten die vorgesehenen Ersatzpflanzungen auch tatsächlich und möglichst vor Ort erfolgen, anstatt die gezahlten Gelder im städtischen Haushalt versickern zu lassen. Ein entsprechendes Online-tool unter dem Namen Baumspendeliste, in dem potentielle Stellplätze markiert werden könnten, würde die Bereitschaft zur Baumspende erhöhen.

- Der Agenda-Beirat stellt ein Gremium zur Beschäftigung von Umweltinteressierten dar, das dank Sitzungsgeldern und Geschäftsstelle 160.000 Euro im Jahr kostet und seit Jahren keine Impulse für die Kommunalpolitik setzt. Der Agenda-Beirat ist aufzulösen und bei Interesse der Beteiligten als gemeinnütziger Verein fortzuführen.

11. Gesundheit & Sport

Die Herausforderungen

Gesundheit und Sport hängen eng zusammen. Der gesundheitsfördernde Breitensport ist Kernbestandteil der Vereinskultur, die zugleich viel für Kinder und Jugendliche sowie die soziale Integration leistet. Auch in Zeiten knapper Kassen muss der Breitensport die notwendigen Ressourcen erhalten, um alle Generationen zur körperlichen Aktivität anzuregen, gleich ob sie gesund oder krank sind.

Der Leistungssport ist ein Aushängeschild unserer Stadt. Mit dem VfL Bochum und dem Leichtathletikzentrum in Wattenscheid verfügt Bochum über ideale Möglichkeiten, die Spitzentalente der Region zu fördern und zugleich das Image unserer Stadt erheblich zu verbessern.

Die aktive Bürgergesellschaft, die im Breitensport großartiges leistet, wird auch in Zeiten knapper Kassen und steigender Sozialkosten wichtiger. Entsprechend muss der Fokus künftig stärker bei der Hilfe zur Selbsthilfe durch Bürgerinnen und Bürger und kostengünstigen Hilfen zum Erhalt der Selbstständigkeit liegen. Bei der Gesundheitspolitik kommt es für die Stadtverwaltung vor allem darauf an, werbend tätig zu werden, um die Bürger zu motivieren, verantwortungsbewusst mit ihrer Gesundheit umzugehen.

Was uns wichtig ist

a) Sport

- Gemeinnützige Vereine brauchen Vorrang bei der Vergabe der knappen Hallen- und Schwimmbadkapazitäten. Die Bürgergesellschaft muss gegenüber organisierten Angeboten der VHS bevorzugt werden, um das ehrenamtliche Engagement zu erhalten. Ebenso gilt dies für die Vergütung der Übungsleiter, Angebote der VHS müssen die Zahlungsmöglichkeiten der Vereine berücksichtigen.
- Schulschwimmbekken sind auch nach der Schließung von Schulen zu erhalten. Politisches Ziel muss es sein, dass am Ende der Grundschulzeit jedes Kind das "Seepferdchen" erworben hat.
- Schwimmbäder sollten für mehr als den Schwimmsport genutzt werden. Speziell Jugendlichen könnte mit Poolpartys und Aktionstagen ein altersgemäßer und kostengünstiger Freizeitspaß geboten werden.
- Die national orientierten Sport- und Kulturvereine, in der sich Einwanderer aus den gleichen Herkunftsländern und -regionen zusammenschließen, leisten gute Arbeit. Die FDP tritt dafür ein, dass diese Vereine sich noch stärker für Mitbürger, die keinen oder einen anderen Migrationshintergrund haben, öffnen. Eine solche Öffnung sollte von der Verwaltung und der Kommunalpolitik gefördert werden.
- Dem Spitzensport kommt eine zentrale Bedeutung für das Unterhaltungsangebot der Stadt und der Außenwerbung dar. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sind die Anlagen des TV-Wattenscheid, das Lohrheidestadion und mit deutlichen Abstrichen das Rewirpowerstadion zu unterhalten.

b) Gesundheit

- Eltern für die Bedeutung der J1-Untersuchung Jugendlicher sensibilisieren und diese informieren. Die freiwillige J1-Untersuchung stellt einen wichtigen Baustein in der Gesundheitsvorsorge Jugendlicher dar, da hier viele Erkrankungen

frühzeitig erkannt werden können. Die erschreckend geringe Nachfrage durch umfassende Information zu steigern.

- Kinder und Jugendliche gesund ernähren. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Stadtverwaltung Massenbestellungen an Tiefkühlkost für Kindertagesstätten aufgibt. Die bereits an Schulen vorhandene Zusammenarbeit mit dem Akademischen Förderungswerk ist auf Kindertagesstätten auszudehnen, um eine ausgewogene Ernährung praktikabel zu gewährleisten.
- Wir bedauern die intolerante Neufassung des Nichtraucherschutzgesetzes durch SPD und Grüne. Die von den Wirten vorgenommenen baulichen Veränderungen wurden dadurch überflüssig, Umsatzeinbußen und Betriebsaufgaben sind seither an der Tagesordnung. E-Zigaretten, die nur Wasserdampf erzeugen, müssen erlaubt sein. Hier werden wir uns ideologisch motivierten Versuchen entgegenstellen, die auch dies verbieten wollen.
- Kontrollen in Gaststätten verstärken und Gastronomen, die in einem deutlichen Maß gegen Hygienebestimmungen verstoßen, müssen konsequenter die rechtlichen Möglichkeiten spüren - Lokalschließungen dürfen kein Tabu sein.
- Selbstmorde unter homo-/bi-/transsexuellen Jugendlichen sind durch die ablehnenden Reaktionen anderer Jugendlicher und Eltern immer noch Realität. Wir befürworten und fördern Projekte wie "Schlau", in denen homosexuelle Jugendliche in den Schulen über ihre Lebenssituation berichten und Workshops durchführen, um so Toleranz zu fördern.
- Suchtkranke müssen da abgeholt werden, wo sie stehen. Um eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen und ihnen eine Tagesstruktur zu geben, die langfristig Hilfe ermöglicht, sind auch ungewöhnliche Wege zu gehen. So stellt das Amsterdamer Projekt für uns ein mögliches Projekt dar, in dem Alkohol- kranke ein städtisches Beschäftigungsangebot erhalten und dafür mit Geld, Tabak und Bier entlohnt werden.